

NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am Dienstag, 10.04.2018

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:03 Uhr

Tagungsort: Mensa des Gymnasiums Große Schule, Rosenwall 12, 38300 Wolfenbüttel

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Uwe Kiehne

Stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Gerhard Kanter

Ausschussmitglieder

Frau Elke Kochsiek-Dieke

Vertreterin für Herrn Kohnert

Frau Ulrike Krause

Vertreterin für Herrn S. Brix

Herr Horst Meyer

Vertreter für Herrn Kraemer

Herr Lutz Kleber

Herr Volker Müller

Herr Torsten Ohms

Herr Florian Röpke

Grundmandatsträger

Herr Pierre Balder

Bürgermitglieder

Herr Andreas Bäumann

Herr Thilo Neumann

weitere Teilnehmer

Herr Horst Luthien

Herr Dierk Mascow

Verwaltung

Herr Erster Stadtrat Knut Foraita

Manuela Buschner

Herr Jörn Illemann

Herr Kai Kratschmer

Herr Heinz-Dieter Licht

Herr Stadtbaurat Ivica Lukanic

Herr Frank Niemeyer

Herr Thorsten Raedlein

Frau Anja Tann

Protokollführer

Herr Timo Jünemann

1 Pressevertreter

1 Zuhörer

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
- Punkt 2) Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 06.03.2018
- Punkt 3) Einwohnerfragestunde
- Punkt 4) Informationen
- Punkt 5) Anfragen
- Punkt 6) Vorhabenbezogener Bebauungsplan KR "Nördlich Mascheroder Straße"
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB
Auslegungsbeschluss gemäß § 3 (2) BauGB
Vorlage: 0046/2018
- Punkt 7) Ortsbilderhaltung in den Dorfkernen Adersheim, Ahlum und Wendessen
Einleitung des förmlichen Verfahrens für örtliche Bauvorschriften gem. § 3 Abs.1 und § 4 Abs.1 BauGB
Vorlage: 0007/2018
- Punkt 8) Neuer Standort für die Denkmale "Kanonen" und "Kriegerdenkmal" sowie die "Wilhelm Busch"-Skulptur
Vorlage: 0040/2018
- Punkt 9) Neuausbau des östlichen Abschnittes der Dr.-Heinrich-Jasper-Straße
Vorlage: 0052/2018
- Punkt 10) Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 28.02.2018;
hier: Einführung der sog. "Brötchentaste" und digitaler Bezahlssysteme
Vorlage: 0043/2018
- Punkt 11) Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 28.02.2018;
hier: Einrichtung eines Verkehrsübungs- bzw. -schulungsplatzes
Vorlage: 0044/2018
- Punkt 12) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 26.03.2018;
hier: Förderung der Anpflanzung von heimischen Gehölzen im eigenen Garten (Info-Flyer)
Vorlage: 0060/2018
- Punkt 13) Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 29.03.2018;
hier: Einladung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig in den Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 8. Mai 2018
Vorlage: 0063/2018

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Kiehne eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Kiehne** hinsichtlich Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung erfolgt eine Wortmeldung.

Herr Meyer teilt mit, dass aufgrund des Stimmrechtsentzug für den Fraktionsvorsitzenden der AFD Herrn Klaus-Dieter Heid während der 19. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt vom 06.03.2018 kein Unterstützen von Anträgen sowie das Einbringen eigener Anträge möglich war.

Vorsitzender Kiehne weist darauf hin, dass es hier noch nicht um die Genehmigung der Niederschrift geht, sondern lediglich Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung abgefragt werden.

Punkt 2) Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 06.03.2018

Vorsitzender Kiehne bittet um Wortmeldung, sofern Anmerkungen zu der versandten Niederschrift bestehen oder sich Änderungswünsche ergeben.

Herr Meyer bejaht dies.

Vorsitzender Kiehne teilt mit, dass über Vorgänge aus dem nichtöffentlichen Teil der 19. Sitzung erst im nichtöffentlichen Teil der aktuellen Sitzung gesprochen werden soll. Er schlägt sodann vor, die Genehmigung der Niederschrift aufzuteilen, so dass nun lediglich über den öffentlichen Teil abgestimmt wird und der verbleibende Rest im nichtöffentlichen Teil zur Genehmigung besprochen werden soll.

Auf Nachfrage des **Herrn Meyer** hinsichtlich der Gültigkeit der Beschlüsse aus der 19. Sitzung teilt **Erster Stadtrat Foraita** mit, dass diese grundsätzlich gültig sind und nähere Erläuterungen hierzu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung folgen werden.

Ohne weitere Wortmeldungen wird analog zum Vorschlag des Vorsitzenden Kiehne die Niederschrift des öffentlichen Teils der 19. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 06.03.2018 mit 2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme genehmigt.

Punkt 3) Einwohnerfragestunde

Anfragen von Einwohnern werden auf Nachfrage des **Vorsitzenden Kiehne** nicht gestellt.

Punkt 4) Informationen

Seitens der Verwaltung werden keine zusätzlichen Informationen mitgeteilt.

Punkt 5) Anfragen

Frau Krause teilt mit, dass aus dem übersandten Protokoll nicht hervorgeht, welche Bauausführung für die Beleuchtung des Stadtgrabens nun gewählt wurde. Vor diesem Hintergrund fragt **Frau Krause** an, ob Bewegungsmelder-Leuchten angeschafft werden sollen, ob es verwaltungsinterne Kriterien zur Auswahl der Beleuchtungseinrichtung hinsichtlich des Abstrahlwinkels und Lichtgrades gegeben hat und ob es noch eine Vorstellung der Beleuchtungseinrichtungen im Ausschuss geben wird.

Erster Stadtrat Foraita erläutert, dass der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und SPD keine Anschaffung von Beleuchtung auf Basis von Bewegungsmeldern vorsieht und teilt weiterhin mit, dass hinsichtlich der möglichen Betriebszeiten noch keine abschließenden Entscheidungen getroffen wurden. **Erster Stadtrat Foraita** versichert, dass die Brut- und Setzzeiten beachtet werden und regt an, dass die Verwaltung im Rahmen der konkreten Auswahl der Dauerbeleuchtung sowie der künftigen Betriebsführung nochmals an das Ausschussgremium herantreten soll.

Punkt 6) Vorhabenbezogener Bebauungsplan KR "Nördlich Mascheroder Straße" hier: **Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB** **Auslegungsbeschluss gemäß § 3 (2) BauGB** **Vorlage: 0046/2018**

Ohne weitere Aussprache stimmt der Ausschuss dem Beschlussvorschlag ohne Enthaltungen einstimmig zu:

1. Für den Bereich einer landwirtschaftlich genutzten Fläche nördlich der Mascheroder Straße, wie er in dem der Vorlage beigefügten Lageplan dargestellt ist, wird gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) der Beschluss zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gefasst.
Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan erhält die Bezeichnung KR "Nördlich Mascheroder Straße".
2. Dem Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes KR "Nördlich Mascheroder Straße" bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen, dem Vorhaben- und Erschließungsplan sowie dem Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht wird zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen.
3. Es wird zugestimmt, dass gemäß § 4a (2) BauGB die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB gleichzeitig durchgeführt wird.

**Punkt 7) Ortsbilderhaltung in den Dorfkernen Adersheim, Ahlum und Wendessen
Einleitung des förmlichen Verfahrens für örtliche Bauvorschriften gem.
§ 3 Abs.1 und § 4 Abs.1 BauGB
Vorlage: 0007/2018**

Stadtbaurat Lukanic berichtet über die vorangegangenen Beratungen in den betroffenen Ortsräten und teilt mit, dass die Ortsräte Wendessen und Ahlum der Vorlage grundsätzlich zugestimmt haben und der Ortsrat Ahlum zudem noch inhaltliche Anregungen mitgeteilt hat. Hinsichtlich des Orsrates Adersheim teilt **Stadtbaurat Lukanic** mit, dass die Vorlage dort zurückgestellt wurde und schlägt daher vor nun lediglich über die Beschlussvorschläge Nr. 2 und 3 abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Kiehne greift diesen Vorschlag auf und stellt den Beschlussvorschlag entsprechend zur Abstimmung.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag für die Nr. 2 und Nr. 3. ohne Enthaltungen einstimmig zu.

2. Das förmliche Verfahren zur Vereinfachung der örtlichen Bauvorschrift „Ortskernsatzung Ahlum“, rechtskräftig in der Fassung vom 01.01.2002, wird für den im beigefügten Lageplan dargestellten Bereich (Anlage 3) eingeleitet. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung gem. § 3 Abs.1 und § 4 Abs.1 Baugesetzbuch durchzuführen.
3. Für den historischen Dorfkern von Wendessen, wie er in dem der Vorlage beigefügten Lageplan (Anlage 4) dargestellt ist, wird gem. § 2 Abs.1 Baugesetzbuch der Beschluss zur Aufstellung einer örtlichen Bauvorschrift gefasst. Die örtliche Bauvorschrift erhält die Bezeichnung „Ortskernsatzung Wendessen“. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung gem. § 3 Abs.1 und § 4 Abs.1 Baugesetzbuch durchzuführen.

**Punkt 8) Neuer Standort für die Denkmale "Kanonen" und "Kriegerdenkmal" sowie die "Wilhelm Busch"-Skulptur
Vorlage: 0040/2018**

Hinsichtlich des möglichen Standortes für die Kanonen schlägt **Frau Krause** den Seeliger-Park vor, da diese dort aufgrund der bereits erfolgten Ausgrabungen rund um die Kasematten inhaltlich passend platziert werden könnten. Die konkrete Diskussion hierüber, aber auch über den Standort des Kriegerdenkmals, sollte nach Anregung durch **Frau Krause** jedoch im Kulturausschuss stattfinden, da eine inhaltliche Diskussion aufgrund des kriegerischen Kontextes notwendig ist.

Herr Kanter teilt mit, dass der aktuelle Standort der Kanonen aus Sicht der CDU-Fraktion problematisch ist und stimmt **Frau Krause** hinsichtlich der Platzierung bei den Kasematten als mögliche Alternative zu. Für die Standorte des Kriegerdenkmals und der Wilhelm Busch-Skulptur signalisiert **Herr Kanter** Zustimmung.

Herr Balder kündigt die Zustimmung für die vorgeschlagenen Standorte des Kriegerdenkmals und der Wilhelm Busch-Skulptur an, sieht aber ebenso Probleme beim aktuellen Standort der Kanonen und regt einen Standort am Zeughaus oder ebenfalls im Bereich der Kasematten an.

Herr Ohms erkundigt sich nach den Standorten für die Kunstwerke „Wolf“ und „Apfel“.

Herr Maier teilt mit, dass die AFD-Fraktion die vorgeschlagenen Standorte als angemessen betrachtet, begrüßt aber ebenfalls den Vorschlag die Kanonen bei den Kasematten aufzustellen. **Herr Maier** sieht zudem noch Diskussionsbedarf hinsichtlich der Wilhelm Busch-Skulptur vor dem Hintergrund der „korrekten Kunst“.

Stadtbaurat Lukanic bezieht sich auf die Anfrage von **Herrn Ohms** und teilt mit, dass der „Wolf“ am ehemaligen Standort des „Apfels“ stehen soll, während der „Apfel“ im Kreuzungsbereich des Grünen Platzes aufgestellt wird. (*Anmerkung Protokollführer: Siehe hierzu auch Beschlussvorlage 0198/2016*). Ferner ergänzt **Stadtbaurat Lukanic** dass der bisherige Standort der Kanonen am Zeughaus inhaltlich passend war, eine Aufstellung im Bereich der Kasematten aber ebenfalls möglich sei.

Vorsitzender Kiehne regt an über den Verbleib des beim Lokal Bayerischen Hof gefundenen Kaiserstein im Kulturausschuss zu diskutieren.

Erster Stadtrat Foraita nimmt die bereits begonnen inhaltlichen Diskussionen zum Anlass und schlägt vor, die Standortfrage der Kanonen und des Kriegerdenkmals zunächst im Kulturausschuss beraten zu lassen und sich erst im Anschluss im Bauausschuss damit zu beschäftigen. Aufgrund der bevorstehenden Baumaßnahmen am Schlossplatz nimmt **Erster Stadtrat Foraita** die Standortfrage der Wilhelm Busch-Skulptur hiervon aus und regt eine Abstimmung nur hierüber an.

Vorsitzender Kiehne greift den Vorschlag auf und ändert den Beschlussvorlag dahingehend, als dass nunmehr lediglich über die Wilhelm Busch-Skulptur beschlossen werden soll.

Der Ausschuss stimmt dem abgeänderten Beschlussvorschlag mit einer Enthaltung zu:

1. Das Denkmal Wilhelm Busch-Skulptur wird – wie in der Vorlage dargestellt - aufgestellt.
2. Die insoweit anfallenden Kosten für die Umsetzung der Skulptur werden aus der Maßnahme Schlossplatz bezahlt.

Punkt 9) Neuausbau des östlichen Abschnittes der Dr.-Heinrich-Jasper-Straße Vorlage: 0052/2018

Herr Neumann erläutert seine Bedenken hinsichtlich der in der Vorlage genannten variablen Fahrbahnbreite und wünscht sich eine feste Fahrbahnbreite von 6 Meter um dem Radverkehr gefährliche Überholmanöver von Autofahrern ersparen zu können. Ferner bemängelt **Herr Neumann** das Fehlen eines Auffahstreifens für Radfahrer um die vorgesehenen Aufstellflächen zu erreichen und skizziert mögliche Alternativlösungen.

Herr Licht entgegnet, dass sich bei der vorliegenden Planung an den bisherigen Gegebenheiten orientiert wurde und ein Auffahstreifen aus Gründen der Gefährdung verworfen wurde.

Herr Kanter schlägt vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten Änderungen im Bereich des Rechtsabbiegens eine Beibehaltung im Sinne der Vorlage vor.

Frau Krause beschreibt mögliche Gefahrensituationen zwischen Fußgängern und Radfahrern im Umfeld des Einzelhandels im Kreuzungsbereich und wünscht sich eine Absenkung des Gefahrenpotentials.

Herr Illemann skizziert die für den Radfahrer aktuell geltenden Vorteile und sieht eine Verschlechterung bei Eingreifen zu Ungunsten des Radverkehrs im Bereich des freien Abbiegens.

Herr Maier bittet um inhaltliche Aufklärung hinsichtlich des Begriffs „Förderbreite“.

Herr Licht erläutert, dass hiermit die vom Zuschussgeber anerkannte Gehwegbreite gemeint ist, welche nicht zwingend mit der Gesamtbreite identisch sein muss. Ferner stellt **Herr Licht** ausführlich die variable Fahrbahnbreite im Baubereich dar und erklärt die Hintergründe für Schwerpunktsetzungen aufgrund von Verkehrsströmen.

Herr Illemann bestätigt auf Nachfrage von **Herrn Ohms** den Verbleib der Aufstellflächen im Kreuzungsbereich im Zuge der Baumaßnahme.

Stadtbaurat Lukanic schlägt vor die besprochenen Ausbauvarianten im kommenden Bauausschuss am 08.05.2018 dem Gremium nochmals vorzustellen, um die Vor- und Nachteile der einzelnen Optionen besser nachvollziehen zu können.

Vorsitzender Kiehne stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage 0052/2018 entsprechend zur Kenntnis

**Punkt 10) Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 28.02.2018; hier: Einführung der sog. "Brötchentaste" und digitaler Bezahlssysteme
Vorlage: 0043/2018**

Herr Kanter teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag befürwortet, stellt aber klar, dass es hier nicht um eine direkte Einführung gehen kann sondern die Thematik vielmehr im Rahmen des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes geklärt und eingebettet werden müsste.

Frau Krause erklärt, dass die Fraktion der Grünen dem Antrag nicht zustimmen wird, da aus ihrer Sicht zunächst die Ergebnisse des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes abgewartet werden sollen.

Herr Balder verweist auf den Vorlagentext, welcher von einer Einführung im Rahmen des besagten Parkraumbewirtschaftungskonzeptes spricht.

Herr Röpke wünscht sich vor diesem Hintergrund eine Umbenennung derartiger Tagesordnungspunkte in „Prüfung der...“ um eine bessere Transparenz zu erreichen.

Herr Bäumann fragt nach, ob die Umsetzung der Vorlage letztlich die Neuanschaffung entsprechender Parkscheinautomaten bedingt oder ob vorhandene Geräte weitergenutzt werden können.

Herr Illemann führt diesbezüglich aus, dass die Verwaltung zunächst die Ergebnisse des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes abwarten wird, um dann für die zu bewirtschaftenden Parkflächen voraussichtlich neue Geräte anzuschaffen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit einer Enthaltung und einer Gegenstimme mehrheitlich zu

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes für Wolfenbüttel eine sogenannte „Brötchentaste“ eingeführt werden kann und darüber hinaus digitale Bezahlssysteme eingeführt werden können.

**Punkt 11) Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 28.02.2018;
hier: Einrichtung eines Verkehrsübungs- bzw. -schulungsplatzes
Vorlage: 0044/2018**

Vorsitzender Kiehne teilt einleitend mit, dass es sich auch hier lediglich um einen Antrag zur Prüfung handelt und nicht bereits um die konkrete Einrichtung.

Herr Neumann stellt den Nutzen eines derartigen Platzes vor dem Hintergrund zitierte Verkehrsunfallzahlen in Frage und regt an, stattdessen die Mittel in eine Kampagne über gegenseitige Rücksicht zwischen Auto- und Fahrradfahrer zu investieren.

Frau Krause ergänzt die Alternatividee, entsprechende Übungsplätze auf bestehende Schulhöfe zu integrieren oder möglicherweise mobile Lösungen zu finden wie zum Beispiel ein Verkehrsübungsmobil. Ferner gibt **Frau Krause** den Finanzierungsbedarf und Raumbedarf zu bedenken und stellt anhand des Beispiels des Verkehrsübungsplatzes Braunschweig auch die Betreiberfrage.

Herr Müller sieht die Vorteile eines Platzes vor allem in der Möglichkeit die verschiedenen Situationen des Straßenverkehrs nachstellen und selbst erleben zu können.

Herr Maier fügt als Gegenargument an, dass jede Schule in unmittelbarer Umgebung Möglichkeiten des Übens im öffentlichen Verkehrsraum hat und gibt ferner die Reisezeiten zwischen den Schulen und einem möglichen Übungsplatz zu bedenken.

Herr Balder sieht neben dem Prüfaufwand und Platzbedarf und vor dem Hintergrund der Unfallzahlen vor allem eine möglicherweise falsche Zielgruppe als gegeben an und ergänzt, dass die vorgenannten Alternativen ja in der Wirksamkeit genauso gut funktionieren können.

Herr Röpke wünscht sich nicht nur eine Beschränkung auf Schüler, sondern möchte einen derartigen Platz allen Interessierten gegenüber öffnen.

Vorsitzender Kiehne teilt mit, dass die Intention für den Antrag von der Verkehrswacht Wolfenbüttel ausgelöst wurde, welche seit Jahren auf die Schaffung eines entsprechenden Platzes in Wolfenbüttel drängt. Ferner grenzt **Vorsitzender Kiehne** den Verkehrsübungsplatz in Braunschweig von dem Schülerübungsplatz in Kralenriede ab, wo jährlich mehr als 7000 Schüler bei durchgehender Auslastung unterrichtet werden.

Frau Krause gibt zu bedenken, dass man vorher die eigentlichen Nutzer, also die hiesigen Schulen, fragen sollte, ob sie für die Nutzung eines derartigen Platzes überhaupt die zeitlichen und personellen Kapazitäten vorhalten können.

Erster Stadtrat Foraita sieht die grundsätzliche Zuständigkeit von drei Fachausschüssen, namentlich den Bauausschuss für bauliche und verkehrliche Belange, den Schulausschuss, welcher hinsichtlich der abzufragenden Zielgruppe beteiligt werden soll und zuletzt den Finanzausschuss, welcher aufgrund der voraussichtlichen Kosten im Rahmen der tatsächlichen Einführung dann zu beteiligen ist.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit einer Gegenstimme mehrheitlich zu

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Bereich der Stadt Wolfenbüttel die Einrichtung eines Verkehrsübungs- / bzw. Schulungsplatzes verwirklicht werden kann. Für einen solchen Übungsplatz sind Flächen und eventuell Schulungsräume notwendig und sinnvollerweise sollte eine Verkehrsschule in der räumlichen Nähe zu einer Schule errichtet werden.
2. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, eine Kostenschätzung für die Einrichtung eines Verkehrsübungs- / bzw. Schulungsplatzes sowie für die jährlichen Folgekosten vorzunehmen.

**Punkt 12) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 26.03.2018;
hier: Förderung der Anpflanzung von heimischen Gehölzen im eigenen Garten (Info-Flyer)
Vorlage: 0060/2018**

Frau Krause erläutert anhand von Schlagzeilen aus der Presse die Brisanz des Themas und stellt die Stadt Neuss als Urheber eines vergleichbaren Projektes dar.

Herr Röpke teilt das Anliegen grundsätzlich, verweist aber auf die Wichtigkeit einer Online-Information parallel zur Papierversion.

Herr Balder fragt sich, ob nicht gegebenenfalls der Landkreis Wolfenbüttel als Behörde für eine derartige Thematik zuständig wäre. Zudem sieht **Herr Balder** die Gefahr, dass durch die Vielzahl von Mietwohnungen eine Verteilung im Stadtgebiet unnötig wäre und lediglich Papiermüll verursachen würde, Vielmehr schlägt **Herr Balder** die Möglichkeit vor, derartige Flyer in Baumärkten bzw. Gärtnereien einem interessierten Publikum auszulegen.

Herr Müller bevorzugt eine begrenzte Auslage gegenüber einer großflächigen Verteilung, stimmt dem Ansinnen aber sonst insgesamt zu.

Herr Maier sieht in dem Flyer einen Übergriff auf die gestalterische Freiheit des Einzelnen und lehnt das Vorhaben aus diesen Gründen ab.

Frau Krause klärt auf, dass der Flyer lediglich Anregungen der Gestaltung geben soll aber keineswegs den Anspruch hat eine verbindliche Vorgabe für die Auswahl von Pflanzen zu sein.

Stadtbaurat Lukanic erläutert, dass die Bürgerinformation via Flyer ein übliches Vorgehen der Verwaltung ist und beispielsweise bei Gestaltungsleitfäden oder Grundstückskäufen angewandt wird.

Herr Kanter weist darauf hin, dass vor Abstimmung des Antrages noch eine Modifizierung notwendig sei.

Erster Stadtrat Foraita schlägt vor den Antrag dahingehend zu modifizieren, als dass die Erstellung eines onlinefähigen Flyers durchgeführt werden soll, anstatt einer großflächigen Verteilung aber lediglich eine Auslage an ausgesuchten Orten stattfindet. Ferner sagt **Erster Stadtrat Foraita** zu, dass der Flyer künftig im Rahmen von Grundstückskäufen seitens der Stadt unaufgefordert an die neuen Grundstückseigentümer übersandt werden soll.

Vorsitzender Kiehne bringt den nun entsprechend geänderten Antrag zur Abstimmung

Der Ausschuss stimmt dem modifizierten Antrag mit einer Enthaltung mehrheitlich zu

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Flyer zum Thema „Heimische Gehölze im eigenen Garten“ zu erstellen.
2. Entgegen des ursprünglichen Antrages soll eine großflächige Verteilung nicht erfolgen.
3. Der Flyer soll an ausgesuchten Orten interessierten Personen zugänglich gemacht werden.

**Punkt 13) Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Wolfenbüttel vom 29.03.2018;
hier: Einladung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig in den Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 8. Mai 2018
Vorlage: 0063/2018**

Herr Kanter gibt die kurzfristige Terminierung zu Bedenken und schlägt ferner vor, zusätzlich noch Informationen hinsichtlich des Sachstandes im Bereich der Windenergieanlagen vom Regionalverband mitgeteilt zu bekommen.

Stadtbaurat Lukanic erläutert die Hintergründe und Fördermöglichkeiten des Förderprogrammes und stellt die Möglichkeit einer ergänzenden Information über den Sachstand der Windenergieanlagen in Aussicht.

Frau Krause teilt hinsichtlich terminlicher Bedenken mit, dass der Regionalverband trotz Kurzfristigkeit für den 08.05. schon die Bereitschaft zur Präsentation signalisiert hat. Ferner wird **Frau Krause** der Verwaltung zugrundeliegendes Informationsmaterial zumailen, so dass dieses entsprechend an die Ausschussmitglieder verteilt werden kann und demnach beim Vortrag gezieltere Nachfragen möglich sein werden.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu

1. Der Regionalverband Großraum Braunschweig wird in den Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 8. Mai 2018 eingeladen, um den „Masterplan 100% Klimaschutz für den Großraum Braunschweig“ sowie Umsetzungs- und Fördermöglichkeiten vorzustellen

Vorsitzender Kiehne schließt den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt um 18:38 Uhr.

Uwe Kiehne
Vorsitzender

Ivica Lukanic
Dezernent IV

Timo Jünemann
Protokollführer